



INTERPELLATION

Urheber	Laetitia Heinzmann-Bellwald, Barbara Eyer Jaggy, Doris Schmidhalter-Näfen und Reinhold Schnyder, AdG/LA
Gegenstand	Naherholungsgebiet Steineji (Volki-Gilla) - wie weiter?
Datum	16/12/2020
Nummer	2020.12.445

Das Departement für Mobilität, Raumentwicklung und Umwelt des Kanton Wallis, Amt für Nationalstrassenbau und das Bundesamt für Strassen (ASTRA) haben im Raum Steineji auf dem Gebiet der Gemeinde Raron die Ergänzungen zum Ausführungsprojekt Rhone A9 aufgelegt. Die Pläne beziffern u.a. die Stellplätze für Privatfahrzeuge, sowie den Stauraum und die Stellplätze für Lastwagen bei der geplanten Autobahnraststätte auf 300. Der VCS Wallis und Pro Natura Wallis haben gegen das Projekt gesprochen.

Grundsätzlich begrüssen die Umweltorganisationen die vorgesehene Renaturierung des Baggersees und die Aufwertung des Naherholungsgebietes, jedoch verlangen sie Verbesserungen am Projekt. Namentlich soll der Umfang der bestehenden Wasserfläche nicht verkleinert und eine Reduzierung der Park- und Abstellplätze um mindestens die Hälfte angestrebt, sowie Lärmschutzmassnahmen berücksichtigt werden. Auch besteht Handlungsbedarf zum Schutz des Grundwassers im Falle einer Havarie eines Fahrzeugs.

Die im Volksmund genannte «Volki-Gilla», genannt nach dem vormaligen Eigentümer des Grundstücks, ist ein beliebtes Naherholungsgebiet. Es ist derzeit allerdings nur beschränkt zugänglich, da in privatem Besitz.

Der Umweltverträglichkeitsbericht 3.Stufe zum Ausführungsprojekt sieht vor, einen Teil des Baggersees als Badezone freizugeben. Dies widerspricht der Aussage des Chefs des Amtes für Nationalstrassenbau. Gemäss Herrn Martin Hutter „wird es einen Badesee wahrscheinlich nicht geben“ (Tagesinfo Canal 9 vom 25. November 2020).

In Zeiten des Klimawandels ist ein Naherholungsgebiet mit einem Badesee ein grosses Bedürfnis der Oberwalliser Bevölkerung.

Deshalb ist es wichtig, dass dieses Erholungsgebiet nach dem Bau der Autobahnraststätte eine Aufwertung erfährt.

Im Verfahren zwischen den zuständigen Behörden und den Organisationen wird es vermutlich zu einer Einspracheverhandlung kommen.

Schlussfolgerung

Dazu stellen wir dem Staatsrat folgende Fragen:

1. Ist der Staatsrat bereit, im laufenden Verfahren mit den Umweltorganisationen eine konstruktive Lösung zu suchen und zu finden, die den Anliegen beider Seiten Rechnung trägt?

2. Haben die zuständigen Behörden eine Bedarfsanalyse in Bezug auf die Park- und Stellplätze durchgeführt und ist diese öffentlich einsehbar?

Wie rechtfertigt sich die im technischen Bericht erwähnte Zahl von 300 Park- und Stellplätzen?

3. Welche Massnahmen sind hinsichtlich einer Havarie zum Schutz des Grundwassers vorgesehen?

4. Sind die zuständigen Behörden bereit, dem Bedürfnis nach einem öffentlich zugänglichem Naherholungsgebiet inklusive Badegelegenheit angemessen Rechnung zu tragen?